

**Beschluss der 19. Bundeskonferenz
Kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten
in Frankfurt am Main vom 18. - 19.08.2008**

Förderung alternativer Wohnprojekte im Alter

Beschluss:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, alternative Wohnprojekte im Alter zu fördern.

Begründung:

Immer mehr alte Menschen, insbesondere aufgrund der höheren Lebenserwartung von Frauen, suchen nach alternativen Wohnprojekten im Alter. Gemeinsam suchen sie Wohnformen, in denen sie selbstbestimmt leben und sich bei zu erwartenden Einschränkungen Dienstleistungen einkaufen können. Die wenigsten möchten in ein Altenheim ziehen und ein Zusammenleben mit den Kindern ist durch die von der Wirtschaft geforderte Mobilität und Flexibilität immer seltener gegeben. Erwachsene Kinder ziehen dem Arbeitsmarkt hinterher, leben selten in derselben Stadt. Abgesehen davon, dass die bislang unentgeltlich geleistete Betreuung älterer Menschen durch Frauen eine gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen bedeutet, stehen diese aufgrund eigener Berufstätigkeit und o.g. Gründen für diese Betreuung nicht mehr zur Verfügung. Gleichzeitig suchen auch kinderlose alte Menschen nach geeigneten Wohnformen im Alter.

Der Bedarf nach alternativen Wohnformen geht über die Mehrgenerationen-Wohnhäuser hinaus. Nicht alle älteren Menschen wollen mit anderen Generationen zusammen wohnen, zumal die Erfahrung zeigt, dass Erwartungen nach Kontakt zwischen den Generationen nicht erfüllt werden.

Die Politik hat bislang auf dieses wachsende Bedürfnis nicht reagiert. Im Gegenteil, der erhöhte Beitrag von Kinderlosen für die Pflegeversicherung suggeriert, dass auch zukünftig die Pflege von alten Menschen von den Töchtern übernommen wird. Dies geht an der gesellschaftlichen Entwicklung vorbei.